

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Regnum 1.100. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gewöhnliche Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 232.

Dresden, Freitag den 6. Oktober 1916.

27. Jahrg.

Sozialisierung der Volkswirtschaft!

Von Wilhelm Jansson.

Noch ist das Ende des blutigen Ringens der Völker nicht abzusehen. Aber die Diskussion über die Zeit nach dem Frieden wird in allen Ländern sehr lebhaft geführt. In den Ententeländern beschäftigt man sich zwar immer noch sehr mit der Frage, wie der deutsche Auslandshandel und die industrielle Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege niedergebhalten werden könne. Hier gibt England den Ton in der Diskussion an, und die französischen Federhelden folgen ihm willig und suchen sogar die Engländer noch in der Ausbeutung von Schimpfwörtern und Haß zu übertrumpfen. Immerhin muß man den französischen Sozialdemokraten einräumen, daß sie diese Heße nicht mitmachen, vielmehr sich gegen die Fortsetzung des Handelskrieges nach Friedensschluß ausgesprochen haben. Die einflußreichen Arbeiterführer Englands dagegen befinden sich völlig im Schlepptau der Kriegsheyer, was ja nach ihren früheren Positionen auf diesem Gebiete niemand verwundern kann. Das einzige Ententeland, dessen Volkswirtschaftler sich mehr mit den Wunden, die der Krieg dem wirtschaftlichen Leben des Landes geschlagen hat, beschäftigt, ist Rußland. Von russischer Seite sind in ernsthafter Weise gegen die Handelskriegspropaganda Einwendungen erhoben und Hinweise auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland gemacht worden.

Die Erörterungen in der deutschen Presse bewegen sich glücklicherweise bisher ausschließlich auf der sachlichen Basis. Die Heilung der Kriegswunden stand hier auch vor den volkswirtschaftlichen Erörterungen im Vordergrund. Das hat seine sehr vernünftigen Ursachen, denn abgesehen von vielen anderen Dingen sind die öffentlichen Lasten, die das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden nach dem Kriege zu tragen haben werden, ungemein groß. Die bisher gemachten Kennerungen nennen die verschiedensten Summen als wahrscheinlich, aber irgend eine genaue Berechnung wird sich überhaupt erst aufstellen lassen, wenn der Krieg zu Ende und seine Ergebnisse zu übersehen sind. Nächst kann man heute schon damit rechnen, daß das Reichsbudget nach dem Kriege mindestens auf 8 Milliarden Mark jährlich anschwellen wird, wahrscheinlich noch darüber hinaus. Dazu kommen dann die erhöhten Lasten in den Einzelstaaten und Gemeinden, über deren Umfang zuverlässige Zahlenangaben noch nicht vorliegen.

Wie sollen diese Lasten gedeckt werden? Das alte Steuerprogramm der Sozialdemokratie, das für normale Verhältnisse geschaffen war, dürfte kaum mehr ausreichen. Wir fordern bisher direkte Steuern zur Deckung aller Ausgaben in den Gemeinden, den Einzelstaaten und im Reich. Eine solche Steuererhebung hätte sich vor dem Kriege zweifellos durchführen lassen, und sie hätte vor allem, was ja auch ihr Zweck sein sollte, eine gerechtere Verteilung der Lasten bedeutet, als die verschiedenartigen indirekten Steuern. Nach dem Kriege aber wird der Weg der direkten Steuern allein nicht zum Ziele führen können. Denn wenn die Reichssteuern allein acht bis zehn Milliarden betragen, dann ist es jedem klar, daß der direkte Steuerweg nicht ausreicht. Nach den Berechnungen Steinmann-Ruders betrug das deutsche Volksvermögen 330 bis 360 Milliarden im Jahre 1900 und es stieg bis zur zweiten Hälfte 1914 auf 376 bis 397 Milliarden. Das wäre ein jährlicher Zuwachs von rund zehn Milliarden Mark. Der jetzige Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, schätzte in seinem Werke „Deutschlands Volkswohlstand“ den Durchschnitt des jährlichen Vermögenszuwachses während der letzten 15 Jahre auf sechs bis sieben Milliarden Mark, davon in den Jahren 1911 bis 1913 je zehn Milliarden. Allein um das Reichsbudget zu decken, müßte demnach der gesamte Vermögenszuwachs konfisziert werden und er würde nur dann ausreichen, wenn er nach dem Kriege die gleiche jährliche Höhe wie vor dem Kriegsausbruch erreichen würde, woran aber ganz und gar nicht zu denken ist.

Den Weg der indirekten Steuern auf bisheriger Grundlage, das heißt, Zölle, Verbrauchssteuern, Akzisen und sonstige Abgaben, wird die Sozialdemokratie nach wie vor ablehnen. Diese müßten in so ungeheurer Weise erhöht werden, daß die weitgehendsten Konsumbeschränkungen der breiten Massen die unabweisliche Folge wäre.

Es bleibt uns da neben dem Ausbau der direkten Steuern nur der Übergang zu einer Sozialisierung der Volkswirtschaft übrig. Gewiß haben wir uns den Weg zum Sozialismus anders gedacht und auch der Sozialismus selbst muß im Laufe der Entwicklung zweifellos ein anderes Gesicht bekommen, als die eventuellen Monopolbildungen, die aus diesem Kriege sozusagen mit Naturnotwendigkeit herauswachsen werden. Aber das hilft uns nicht über die Tatsache hinweg, daß nur auf dem Wege der Sozialisierung eine Deckung der öffentlichen Lasten möglich ist. Wenn sozialistische Interessen stimmen hier mit den volkswirtschaftlichen durchaus überein. Denn es ist, um nur ein Beispiel zu nennen, nicht nur sozialistisch, sondern auch vom Standpunkte der Sozialisten weit rentabler und weit vernünftiger, die Bergwerke des Kohlenbergbaues direkt in die Staatslasten zu legen, als sie dem Privatkapital zu belassen, bei dem man sie nachher nur mehr oder weniger besteuern kann.

Schwere Kämpfe im Osten und Westen. — Humanitäre Stellungen erstickt. — 43 Geflüchte erbeutet.

(M. T. S.) Ostlich. Großes Hauptquartier, den 6. Oktober 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Seeerzgruppe Kronprinz Rupprecht:

Die Vorkampfschlacht zwischen der Aeneer und der Somme ging heftig weiter. Im Anschluss an drei am Morgen geschickte englische Angriffe hat östlich der Aeneer, entspannen sich lebhaft Seebatteriekämpfe, die bis in den Abend hinein dauerten. Zwischen Morval und Bouchavesnes schritten nachmittags starke französische Kräfte zum Angriff, Truppen der Generale von Vocho und von Warnier haben den Sieg — zwischen Fregatcourt und Bouchavesnes nach hartem Kampfe — blutig abgefochten. Verschiedene zehnten die Infanterie-Regimenter Nr. 155 und 186 sind.

Südlich der Aeneer trüben die Feuerkämpfe zeitweise merklich auf.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

An der Kampffront westlich von Zugl blieb der erstköstliche Gegner gestern ruhig. In den letzten Tagen wurden hier 6 Eißstiere, 622 Mann gefangen genommen und 8 Maschinengewehre erbeutet.

Zwischen den Bahnhöfen von Broden und Biron nach Lemberg lebte die Gefechtsaktivität auf. Dem starken feindlichen Feuer folgten wiederholte kräftige Angriffe, die bei Wafeda, Lubke und Sarkow bereits im Feuer zusammenbrachen, bei Sarkow (am Scheit) durch frühzeitigen Gegenangriff deutscher Bataillone zurückgeworfen wurden; 3 Eißstiere, 120 Mann blieben gefangen in unserer Hand.

An der Frontenfront des Generals Grafen von Rothmer haben die Russen heiderseits der Neta Lips den Kampf wieder aufgenommen. Deutsche, österreichisch-ungarische und türkische Truppen haben an ihren jähren Widerstande den oft wiederholten Sturm sich jedesmal brechen lassen. Der an einzelnen Stellen eingedrungenen Feind wurde sofort zurückgeworfen, blühte neben seinen großen blutigen Verlusten 510 Gefangene ein und verlor 8 Maschinengewehre. Die Stellung ist restlos besetzt.

Die auswärtige Politik im Hauptauschuß des Reichstags.

Berlin, 6. Oktober. Der Hauptauschuß des Reichstags fehrte heute seine vertraulichen Beratungen über die auswärtige

Die staatliche Monopolisierung des Kohlenbergbaues, und übrigens auch des sonstigen Bergbaues, ist daher eine Forderung, die wir nicht kräftig genug vertreten können. Die Bergarbeiter, soweit sie auf modern gewerkschaftlicher Grundlage organisiert sind, sind selbst längst dazu gekommen, ihre einstigen Bedenken gegen die Verstaatlichung aufzugeben und sie anstatt dessen zu fordern. Auch eine Reihe anderer Betriebsarten sind zur Verstaatlichung zweifellos reif. So die Elektrizitätsindustrie, soweit sie für den inneren Markt arbeitet, die Kleinbahnen, der Getreidehandel, Petroleumhandel und manches andere. Die Verwendung der Ertragnisse dieser Industrien und Gewerbe im öffentlichen Interesse würde zweifellos das Finanzproblem nach dem Kriege erheblich vereinfachen.

Wo jedoch die Durchführung des Reichs- und Staatsmonopols sich noch nicht ermöglichen läßt, bleibt immer noch die gesetzliche Regelung der Privatmonopole dem bisherigen indirekten Steuersystem vorzuziehen. Schon heute sind in Deutschland die Kartelle und Syndikate auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu hoher Blüte gelangt. Sie haben gewiß, insbesondere für die Arbeiter, manche schwerwiegende Erscheinungen gezeitigt, indem sie die wirtschaftliche Widerstandskraft einzelner Unternehmer in gewerkschaftlichen Kämpfen erheblich stärkten. Aber das würde sich nach dem Kriege nicht ändern, auch wenn diese privatwirtschaftlichen Monopole von einem Eingriff der Gesetzgebung verschont bleiben sollten. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die Kartelle nach dem Kriege auch auf privatwirtschaftlicher Grundlage sich weit schneller entwickeln werden, als zuvor. Wenn das aber in Aussicht steht, dann wäre es vom Standpunkte der Arbeiterklasse getadelt unverantwortlich, wollten wir von der Forderung einer gesetzlichen Regelung der Frage zurückschrecken, nur weil die Entwicklung zum Monopol auf dem Wege der Gesetzgebung schneller vor sich gehen würde.

Soweit Zwangsinduzierungen auf dem Wege der Gesetzgebung zur Durchführung gelangen werden, müssen wir vielmehr darauf achten, daß ein sozialer Ausgleich geschaffen wird, der die Rechte und Interessen der Arbeiter in gebührender Weise wahrt. Einen brauchbaren Weg wies die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages schon seinerzeit bei der Beratung der Kartellgesetzvorlage. Auf diesem Wege weiter zu wandern, und ihn je nach den Bedürfnissen auszuweiten, dürfte nicht allzu schwierig sein. Und da einige wesentliche Forderungen der Sozialdemokratie bereits im Kartellgesetz verwirklicht wurden, dürften die Schwierigkeiten, weitere Forderungen durchzusetzen, nicht unüberwindlich sein.

Für die Allgemeinheit kommt es aber wesentlich darauf an, sich in den Besitz eines gewissen Teiles des Ertrages der

Front des Generals der Kavallerie

Erzherzog Karl:

In der Gegend von Wodradzans (an der Enns) wurde ein schwächerer russischer Vorstoß ergebnislos. Aus den Karpathen nichts Neues.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen:

Der Rumäne ist gestern erneut geschlagen.

Im Gorgeny-Abchnitt warfen österreichisch-ungarische Truppen die Rumänen aus ihren Stellungen südwestlich von Ribanfalva, wichen weiter südlich am Kocfek-Kopf Angriffe ab und eroberten heiderseits der Straße Nagyarod-Erozd die am 3. Oktober verlorene Stellung zurück. Über 200 Gefangene wurden erbeutet.

Verbündete Truppen unter dem Oberbefehl des Generals v. Falkenhayn haben nach glücklichen Gefechten bei Kocsalom und Kitalma (Kitalpalma) den Feind über den Komoros und Alt zurückgebrängt. Die hartnäckig verteidigte Stellung am Sina. Südseite ist erstickt, mehrere hundert Mann sind gefangen genommen, zwei schwere, 28 Feld- und 13 Infanteriegeschütze sind erbeutet. Der Wegener ist im Rückzuge durch den Geisterwald, er wird verfolgt.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Seeerzgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen:

Aus nachträglich eingelaufenen Meldungen geht hervor, daß es nur einem Teile der bei Malowo über die Donau gelangenen rumänischen Truppen gelungen ist, sich auf das nördliche Ufer zu retten, während der Rest in östlicher Richtung fliehend auf die von Turaken anmarschierenden verbündeten Truppen traf und vernichtet geschlagen wurde. Die auch gestern wiederholten feindlichen Angriffe östlich der Bahn Gara Crnan-Gobadina sind abermals gescheitert. Russische und Bieger griffen Bahnanlagen und Truppenlager nördlich der Donau mit Bomben an.

Mazedonische Front:

Die am linken Struma-Ufer stehenden bulgarischen Truppen räumten in der Nacht zum 5. Oktober ohne feindliche Störung einige der am weitesten vorgehenden Orte.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Politik fort. Von der Regierung waren heute wieder erschienen die Staatssekretäre v. Jagow, Dr. Helfferich und v. Capelle. Die Erörterungen wurden heute von einem national-liberalen Redner eingeleitet, dem Staatssekretär v. Jagow antwortete. Sodann kam ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion zu Worte.

Kartelle und Syndikate zu legen. Das kann nur geschehen, wenn man zur Zwangsinduzierung der öffentlichen Kontrolle greift. Denn eine Besteuerung auf anderer Grundlage würde zweifellos sehr bald zu einer Auflösung der festen Kartellform führen, die allein dem Steuerertrag erhöht werden kann. Den Unternehmern bleiben aber, nachdem sie einmal organisiert sind, genügend Wege offen, um zum gleichen Ergebnis zu kommen, ohne von der Steuerstrafe getroffen zu werden. Nur das gesetzliche Zwangsinduzikat kann das verhindern. Es hat außerdem den Vorzug, daß es eine genaue Regelung der Organisation, eine ebenso genaue Kontrolle des Produktionsverfahrens, der Quotierung der Produktion, der Gewinnhöhe und Gewinnverteilung usw. erreicht. Reich und Staat würden hier ihre großen Aufgaben finden, aber sie würden auch zugleich aus den Erträgen der Zwangsinduzikate erhebliche Einnahmen erzielen.

Vom Standpunkte der Allgemeinheit sowohl als des Risikos, ist die gesetzliche Zwangsinduzierung dem privatwirtschaftlichen Kartell weitläufig vorzuziehen. Und vom Standpunkte der Arbeiterklasse liegt nicht der mindeste Grund vor, sich für das Privatkartell einzusetzen, wenn wir an dessen Stelle das staatlich organisierte Kartell bekommen können. Vorausgesetzt natürlich, daß Reich oder Staat sich bereit finden, die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter zu erlassen, die unbedingt nötig sind, um nicht eine bisher private Zwangsjade gesetzlich zu konfessionieren.

Vom Krieg auf den Meeren.

Ein englischer Truppentransportdampfer versenkt.

London, 6. Oktober. (Reuter.) Es wird ostlich bekanntgegeben, daß der von der Regierung erworbene Cunarddampfer Franconia (18150 Tonnen) gestern von einem feindlichen U-Boot im Mittelmeer versenkt worden ist. Der Dampfer hatte zur Zeit keine Truppen an Bord. 12 Mann der Besatzung wurden vermißt, 302 sind gerettet.

22 Fahrzeuge in drei Tagen versenkt.

Nationalistische meldet aus Christiania: Ein Mann von der Besatzung des von einem deutschen U-Boot versenkten Bergener Dampfers Valla berichtet über die Versenkung von 13 englischen Postenschiffen. Er erzählt: Das U-Boot hatte unser Boot ins Schlep-